



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nein, erwiderte ich, das bin ich nicht — aber ich bin fest überzeugt, daß eine Frau den liebt, den sie so ansieht!

Champagner! rief er in den Garten hinab, dem Kellner zu, die beste Marke, die Sie führen, Pommery oder Cliquot! — Ich will dir nur sagen, fügte er zu mir gewandt hinzu, daß meine Cousine mich so ansah — wenigstens ungefähr so — an dem Tage, als ich abreiste.

* * *

Wir kehrten mit dem letzten Zuge in die Stadt zurück, wir waren die einzigen, die in Fredensborg einstiegen, und niemand von uns hat jemals wieder das geringste von „Gerald“ oder von „Aft“ gehört.

Als ich im vergangenen Jahre im Billardzimmer nach der Fensterscheibe sah, war sie durch eine andre ersetzt, und der Schloßkrug hatte einen neuen Wirt bekommen, der nicht mit der Vergangenheit Bescheid wußte.

Es scheint ja fast, als ob alle Spuren von den beiden, die an jenem 9. August in der Eremitagenallee verschwanden, ausgelöscht sein sollen — aber es war doch ein Abglanz ihres Glücks, der Frederik Gjedde eine Braut brachte.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 14. November 1909

(Iswolski und Lehrenthal. Englisch-deutsche Beziehungen. Deutschland und Frankreich in Marokko. Die innerpolitische Lage. Der Kieler Werstprozeß.)

Von der europäischen Lage ist jetzt wieder viel die Rede. Es ist die natürliche Folge des Zarenbesuchs in Racconigi, der immer noch fortbestehenden Schwierigkeiten im europäischen Orient und auch der Entwicklung der Verhältnisse in England. Nach den Erörterungen über Racconigi konnte es nicht ausbleiben, daß die chauvinistische russische Presse an die antiösterreichische Stimmung in Italien anknüpfte und die Annäherung zwischen Rußland und Italien benutzte, um auch Rußland und Österreich-Ungarn in scharfem Gegensatz zueinander erscheinen zu lassen. Inzwischen wurde man aufmerksam auf Veröffentlichungen der englischen Zeitschrift *Fortnightly Review*, wonach Iswolski zu der Okkupation Bosniens und der Herzegowina, über die er vorher verständigt worden war, schon vorher seine Zustimmung ausgesprochen haben sollte. Die schon oft zutage getretene persönliche Gereiztheit Iswolskis gegen den Grafen Lehrenthal wurde durch diese unbequeme Enthüllung aufs neue angefaßt, und die Folge war ein in der Presse beider Länder ausgefochtener förmlicher Kampf zwischen den beiden Staatsmännern. Vom Standpunkte der deutschen Interessen haben wir keine Veranlassung, diesem Streite, dem die Tagespresse aller Kulturländer mit Aufmerksamkeit folgt, auch in einer zusammenfassenden Betrachtung näherzutreten. Das, was daran von geschichtlicher Bedeutung ist, ist in dem gegenwärtigen Streite noch nicht genügend geklärt; politisch aber kann uns nichts daran liegen, die alten Gegensätze zwischen russischer und österreichisch-ungarischer Balkanpolitik wieder aufgerührt zu sehen. Unsere Politik

Grenzboten IV 1909

49

hat sich in allen diesen Fragen energisch auf die Seite des verbündeten Donaureichs gestellt; daran kann natürlich nichts geändert werden. Daneben aber haben wir bei Berücksichtigung unsrer realen Interessen keinen Anlaß, uns mit unserm östlichen Nachbarn Rußland schlecht zu stellen, wenn nicht etwa er selbst es will, und da muß anerkannt werden, daß die verantwortlichen Stellen in Rußland — in erster Linie der Kaiser persönlich, aber auch der Ministerpräsident Stolypin und der Minister des Auswärtigen Tswoliski — uns gegenüber eine Politik der Loyalität und der nüchternen Berücksichtigung realpolitischer Interessen geführt haben, obwohl ihnen das durch Stimmungen und nicht zu unterschätzende Einflüsse im eignen Lande schwer genug gemacht wird. Deshalb liegt für eine ruhige Erwägung keine Veranlassung vor, eine persönliche Niederlage Tswoliskis zu wünschen. Die Festigkeit und Zähigkeit, mit der jetzt das Duell Lehrenthal-Tswoliski geführt wird, erklärt sich aber gerade daraus, daß Tswoliski seinem eignen Lande gegenüber um seine Ministerexistenz kämpft. Wir können deshalb nur wünschen, daß diese Erörterungen bald einen befriedigenden Abschluß erhalten und nicht zu lange fortgeführt werden.

Während die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf die soeben besprochenen Fragen gerichtet war, trat die Erörterung der englischen Verhältnisse etwas in den Hintergrund. England steht noch in der Spannung, die durch die Gestaltung der Budgetberatungen hervorgerufen worden ist. Noch steht im Hintergrunde — wenn auch nicht mehr in der Schärfe wie vor wenigen Wochen — der drohende Konflikt zwischen Oberhaus und Unterhaus, und falls diese Krisis noch einmal vermieden wird, die Frage der Zukunft der liberalen Regierung. Wie sich das alles entscheidet, ist ja freilich zunächst eine interne Angelegenheit des britischen Reiches, aber es ist auch für uns von Bedeutung. Der Zusammenhang dieser innern Verhältnisse mit der auswärtigen Politik Englands ist viel enger, als bei uns gewöhnlich erkannt wird. Gewisse Seiten der englischen Eigenart bleiben dem Durchschnitt unsrer Landsleute immer sehr schwer verständlich. Der Engländer wird von uns gewöhnlich nach dem Eindruck beurteilt, den er als Einzelpersonlichkeit macht, und gerade weil wir darin soviel Verwandtes finden, fallen uns auch einzelne unterscheidende Züge, die uns fremd und unsympathisch berühren, um so schärfer auf. Daran glauben dann viele bei uns das englische Wesen zu erkennen, und es ist doch nur ein Bruchstück. Im ganzen kommen in unsrer Beurteilung die Züge zu kurz, die sich aus der eigentümlichen geschichtlichen Entwicklung des gesamten englischen Volkskörpers herausgebildet haben. So ist es ohne die lebendige Anschauung des ganzen englischen Lebens unsern Landsleuten schwer klar zu machen, wie sehr der Engländer, im Privatleben der Mann der Selbständigkeit, des Freimuths, der unbedingten Wahrheitsliebe, doch im gesellschaftlichen, politischen, kirchlichen Leben von der Konvention abhängig ist, wie stark sein Bedürfnis ist, die gewöhnlich sehr nüchternen und sachlichen Ziele der staatlichen und wirtschaftlichen Interessen hinter allerhand zopfigen Rücksichten und Überlieferungen zu verstecken oder sie wenigstens formell mit dem Herkommen in Einklang zu bringen und zugleich das alles in eine Form zu kleiden, die dem volkstümlichen sentiment entspricht. So wie heute die Verhältnisse liegen, gibt es in England nur eine Politik in auswärtigen und Wehrfragen, aber es muß trotzdem die Vorstellung aufrecht erhalten werden, als ob es eine konservative und eine liberale Politik dieser Art gäbe. So ist es in Wahrheit nur eine Frage der persönlichen Befähigung, ob — vom englischen Standpunkt aus gesehen — als Leiter des Foreign Office Lord Lansdowne oder Sir Edward Grey vorzuziehen ist; beide machen tatsächlich ungefähr dieselbe Politik, wenn die Zeitumstände es gestatten. Aber das darf beileibe nicht öffentlich gesagt werden. Vielmehr muß sich jeder der beiden Staatsmänner gebärden, als ob er das gerade

Gegenteil des andern wäre; der eine muß seine Politik den konservativen Traditionen entsprechend begründen, der andre genau die nämliche Politik mit liberalen Stützen versehen. Und wenn die regierende Parlamentsmehrheit ihre Existenz zu einem guten Teil den Leuten von der labour party, den radikalen Strömungen, den Pazifisten und ähnlichen Richtungen verdankt, und es sich nun herausstellt, daß die auswärtige Politik schärfer orientiert, die Wehrkraft zur See und zu Lande energischer reformiert werden muß, dann dürfen die Vertrauensmänner der Parlamentsmehrheit nicht vor ihre Wähler hintreten und ihnen sagen: „Ihr seid im Irrtum; an verantwortlicher Stelle stehend, überzeugen wir uns, daß es so, wie ihr mit euren Forderungen der Abrüstung und ähnlichen gemeint habt, nicht geht, darum müssen wir jetzt in diesen Fragen ebenso verfahren wie unsre konservativen Vorgänger.“ Nein, das dürfen sie nicht sagen, sondern sie müssen die radikale Theorie aufrecht erhalten und ihre praktische Abweichung davon mit einer äußern Notwendigkeit, einer von außen drohenden Gefahr begründen. Und für die liberalen Konservativen, die im Grunde dasselbe wollen, aber der liberalen Regierung überlieferungsgemäß unter allen Umständen Opposition machen müssen, ergibt sich dann ganz von selbst das Prinzip ihrer Haltung. Sie leugnen die Gefahr nicht, sondern betonen sie noch schärfer in chauvinistischem Tone, um darauf hinweisen zu können, daß die Regierung wegen der Schwäche ihrer Grundsätze und der Irrtümer ihrer Anhängerschaft auf dem einzig richtigen Wege nicht schnell und entschieden genug vorwärtskomme. Die Panik wegen der deutschen Flottenrüstungen und die grundsätzlichen Fragen in der innern Entwicklung Englands gehn, wie man sieht, Hand in Hand. Deshalb ist es auch zu verstehen, daß in dem Augenblick, wo in England das Bedürfnis nachläßt, für die Durchdrückung der Marineforderungen und die Bewilligung der Mittel dazu mit Hochdruck zu arbeiten, auch das Bestreben hervortritt, die öffentliche Meinung des Landes über die Beziehungen zu Deutschland wieder zu beruhigen. Wir bemerken das von unserm deutschen Standpunkt aus mit der einfachen Genugtuung, die die Rückkehr zu Vernunft und Wahrheit und das Ablassen von einem leichtfertigen Spiel mit dem Feuer in uns hervorruft. Aber unsre Ansicht von den eigentlichen Gründen der Verbesserung wie auch der Verschlechterung in den deutsch-englischen Beziehungen behütet uns ebenso vor dem „Himmelhoch-Jauchzen“ im ersten wie vor dem „Zu Tode-betrübt-sein“ im zweiten Falle. Wir haben aus guten Gründen niemals an das Märchen von der Einkreisungspolitik, so wie es gewöhnlich verstanden wurde, geglaubt; wir versprechen uns aber auch nicht allzuviel von dem jetzigen Steigen des Stimmungsbarometers, weil wir nämlich meinen, daß es praktisch an unsrer Haltung nichts ändern kann. Denn wir sind unsrerseits immer friedlich gegen England gestimmt, können aber auch von den Maßregeln, die zu unsrer Sicherheit notwendig sind, nicht abgehn. Unabhängig von allem Wechsel der Stimmungen und der besondern Umstände halten wir es jedoch für nützlich, wenn in den einflußreichen und urteilsfähigen Kreisen der beiden Völker die Bemühungen fortgesetzt werden, sich gegenseitig besser kennen und verstehen zu lernen. Von diesem Gesichtspunkt aus begrüßen wir die besonders herzliche und ehrenvolle Aufnahme, die Staatssekretär Dernburg kürzlich in Manchester und der deutsche Botschafter in der Londoner Handelskammer gefunden haben, mit aufrichtiger Freude. Auch in der Politik zeigen sich jetzt mehr Anzeichen von gutem Willen und Neigung zu freundschaftlichem Zusammenwirken, und in diesem Zusammenhang würdigen wir durchaus das Bestreben, das jüngst in der Rede des Premierministers Asquith über die deutsch-englischen Beziehungen hervortrat.

Jetzt tritt auch die Marokkofrage wieder in den Kreis der uns näherliegenden Betrachtungen. Aber die Lage ist jetzt ganz anders dadurch geworden, daß eine loyale

Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt worden ist. Es ist jetzt eine unbefangene Verhandlung über die Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Reichsangehörigen in Marokko möglich. Sultan Mulei Hafid widerstrebt einstweilen noch der endgiltigen Regelung der finanziellen Forderungen, wie sie durch Frankreich vorgeschlagen worden ist. Aber gerade hierbei ist Deutschland im Interesse und auf den Wunsch seiner Reichsangehörigen mit Frankreich Hand in Hand gegangen und hat die erwähnte Regelung durch seine eigne Forderung nachdrücklich unterstützt. Es muß auch hervorgehoben werden, daß Frankreich durch die Teilung der vorgeschlagenen Gesamtanleihe von 150 Millionen Franken und Voranstellung der zur Befriedigung der Ansprüche der Europäer bestimmten 75 Millionen einen Schritt loyalen Entgegenkommens auch gegen unsre wirtschaftlichen Interessen getan hat. Dieses Verhältnis des Entgegenkommens und vertrauensvoller Höflichkeit muß natürlich auch auf die sonstigen wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Nationen günstig zurückwirken. Diese Art der Annäherung ist jedenfalls mehr wert als die sonst gelegentlich unternommenen Anfreundungsversuche zwischen Deutschen und Franzosen, die meist nach der einen oder andern Richtung zu entgleisen pflegen.

Unsre innerpolitischen Verhältnisse haben in der letzten Woche — wie es so kurz vor der Eröffnung der Reichstagsession nicht anders sein kann — keine Veränderung erfahren. Einzelne wohlgemeinte Versuche, auf Grund der Wahlerfolge der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien wieder zusammenzubringen und zum Frieden zu reden, haben kein rechtes Echo gefunden. Die Gereiztheit der Parteien ist noch zu groß. Erst allmählich werden die ruhigeren Urteile durchdringen können. Die „konservative Vereinigung“, die innerhalb der konservativen Partei den von der bisherigen Parteileitung abweichenden Meinungen Geltung zu verschaffen sucht, ohne sich von der Partei eigentlich loszusagen — die also die Unzufriedenen sammelt, um sie der Partei zu erhalten —, hat jetzt einen Aufruf erlassen, aber noch ist kaum zu übersehen, wie die Wirkung ausfallen wird. Die Vereinigung wird mit Unrecht von einigen Seiten als eine neue Parteigründung angesehen, die die Lösung von den Konservativen anstrebt. Wäre dem so, so würde wohl nicht viel zu erreichen sein. Es handelt sich aber nur darum, den differierenden Elementen durch Organisation und Vertretung innerhalb der Partei einen Einfluß zu sichern, und das kann der Gesamtpartei unter Umständen nur zum Vorteil gereichen. In der konservativen Presse hat der Reichsbote während des ganzen Streites um die Reichsfinanzreform eine selbständige Stellung eingenommen. Kürzlich meinte er, die konservative Partei solle sich durch einen großherzigen Schritt ihre alte Stellung wieder verschaffen; sie solle selbst einen Antrag auf Einführung der von ihr abgelehnten Erbanfallsteuer stellen. Der Gedanke selbst ist natürlich nicht ausführbar. Jetzt liegt gar keine Veranlassung vor, eine neue Steuer zu beantragen, und der Wunsch einer Partei, einen Bußakt zu begehn, wäre dazu die schlechteste Unterlage. Auch hat niemand von den Konservativen verlangt und verlangt es auch heute noch nicht, daß sie sich für die Erbschaftsteuer als ein einzeln dastehendes Steuerprojekt begeistern. Sie hätten einsehen sollen, daß die Erbanfallsteuer — wie ihre Vorgängerin, die Nachlasssteuer — im Rahmen des damals vorliegenden Reformplans eine Notwendigkeit, wenn auch vielleicht nach ihrer Meinung ein notwendiges Übel war. Sie haben das damals nicht eingesehen und andre ungeeignete Steuern dafür eingestellt; jetzt ist eine ganz anders gedachte Reform Gesetz geworden, was sollen wir jetzt mit der Erbanfallsteuer? Wenn wir wieder einmal vor einem neuen Bedarf in den Reichsfinanzen stehen, kommt die erweiterte Erbschaftsteuer ja doch — auch ohne und gegen die Konservativen. Für die innern

Verhältnisse dieser Partei ist die Art bezeichnend, wie der Vorschlag des Reichsboten aufgenommen wurde. Die Kreuzzeitung wies den Gedanken entschieden und ernst, aber doch höflich und unter Erwägung der Gründe zurück, die Deutsche Tageszeitung dagegen tat dasselbe mit einigen wegwerfenden Worten und der Bemerkung, daß darüber gar nicht zu reden sei. Die heutigen Agrarier sprechen eben einfach im Namen der konservativen Partei und möchten am liebsten entscheiden, wovon überhaupt geredet werden darf.

Ein besonderes Aufsehen erregt zurzeit der Prozeß über Unterschleife und Schädigung des Staatsinteresses an der Kieler Werft. Die Gerichtsverhandlungen haben, auch wenn sie noch nicht abgeschlossen sind, doch so viel ergeben, daß Reformen auf dem Gebiete dieser Verwaltung dringend notwendig sind. Die meisten sachverständigen Urteile lassen erkennen, daß die bürokratischen Rücksichten und Methoden nicht nur eine unzweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte, sondern auch einen bedauerlichen Mangel an Sachkunde an wichtigen und verantwortlichen Stellen zur Folge gehabt haben. Die Werftverwaltungen sind die kompliziertesten und umfassendsten Betriebe, die der Staat überhaupt im unmittelbaren Bereiche seines Wirkens hat. Es ist also begreiflich, daß hier die alte bürokratische Methode gegenüber der sich stets wandelnden Technik und den stets neuen wirtschaftlichen Bedürfnissen zuerst versagte. Es sind ja auch schon Schritte getan, um den kaufmännischen Grundsätzen in der Verwaltung den Einfluß zu sichern, der heute notwendig ist.

Aus dem Wirtschaftsleben

15. November 1909

(Unterschlagungen bei der Mitteldeutschen Kreditbank — Kreditüberspannung — Zentralkasse zur Kontrolle der Kreditgewährung in Deutschland — Schlußtagung der Bankquetekommission.)

Reichlich ein Jahr ist verfloßen, seit wir über eine Unterschlagung von mehr als einer halben Million Mark bei der Mitteldeutschen Kreditbank berichtet haben, und schon müssen wir von einer neuen Defraudation bei derselben Bank Kenntnis nehmen, die sich von der ersten nur dadurch unterscheidet, daß der unterschlagne Betrag um 200 000 Mark größer ist als damals. Wie vor einem Jahre, so sucht auch jetzt ein Teil der Presse die Verantwortung für diese bedauerlichen Vorkommnisse der Spekulationsucht der Bankbeamten zuzuschreiben, eine Auffassung, die nicht richtig ist. Solange die Bankangestellten durch die ausgedehnten Spekulationen der Bankleiter immer wieder zur Nachahmung verlockt werden, solange die Banken bei der Emission von Wertpapieren mit dem Heer der Angestellten als einem für das Gelingen gar mancher Emission wichtigen Faktor rechnen, so lange wird auch der Kampf gegen das Spekulieren aussichtslos sein. Es ist deshalb allein die Sache der Banken selbst, sich gegen die Folgen dieser Zustände zu schützen, während eine Betrachtung über den Schaden, den die spekulierenden Angestellten der Kundschaft durch das „Herumreiten“ auf deren Kauf- und Verkaufsaufträgen zufügen, einer besondern Besprechung vorbehalten bleiben soll.

Verantwortlich sind im vorliegenden Falle in vollem Maße die Bankleiter, die die Kontrolleinrichtung in geradezu fahrlässig mangelhafter Weise eingerichtet haben müssen, die auch aus dem vor Jahresfrist empfangnen Denktzettel keine Lehre zu ziehen wußten. Ferner ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht vielleicht die Dualität der Angestellten bei der Mitteldeutschen Kreditbank besonders stark zurückgegangen ist. In dem unaufhaltbaren Eindringen ungelernter Arbeitskräfte in den Bank-

betrieb sehen wir die größte Gefährdung der Sicherheit. Beamte, die den technischen Betrieb sämtlicher Abteilungen der Bank gründlich verstehen, werden immer den wirksamsten Schutz gegen Veruntreuungen und die beste Hilfe für den ständigen Revisionsbeamten bilden.

Vor allem hat der Stand der Bankbeamten das Recht, mit größter Entschiedenheit von den Bankleitern zu fordern, daß sie keine Kosten zur Verhinderung künftiger Unterschlagungen scheuen. Dieser angesehenen Stand, der sich bisher durch ein höheres Bildungsniveau und Bildungsbedürfnis vor andern kaufmännischen Angestellten ausgezeichnet hat, hat zurzeit infolge der ungünstigen Wirkungen der Konzentration im Bankgewerbe auf die Dualität der Bankbeamten einen harten Kampf zu bestehen. Er muß deshalb bei dieser Gelegenheit mit doppeltem Nachdruck verlangen, daß durch die Einstellung möglichst nur voll durchgebildeter und die Weiterbildung der ungelerten Arbeitskräfte sowie durch mustergiltige Kontroll-einrichtungen die Möglichkeit von Defraudationen auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird.

Aber auch die weiteste Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß solche Riesenunterschlagungen nicht wieder vorkommen, da sie immer leicht die Veranlassung dazu werden können, daß das Vertrauen des Publikums zu unsern Banken erschüttert wird. Die Ereignisse der letzten Wochen im Berliner Holzhandel haben aber wieder gezeigt, daß es ratsam ist, dem zweifellos über ein gesundes Maß hinaus ausgedehnten Kreditgebäude jede Erschütterung zu ersparen. Die erbitterte Konkurrenz der nach dem Konzentrationsprozeß der letzten Jahre entstandenen wenigen Bankgruppen hat zu Übertreibungen in der Kreditgewährung geführt, die eine Kreditkrisis im Berliner Holzhandel verursacht haben. Die Holzhändler Julius Brühl jun. und Kurt Ballentin Kommanditgesellschaft haben ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven der Firma Brühl betragen vier, die Giroverbindlichkeiten sechs Millionen, die Passiven der Firma Ballentin zwei Millionen Mark. Die erste Gläubigerversammlung führte Vertreter fast sämtlicher Berliner Großbanken und größeren Bankhäuser zusammen; es stellte sich heraus, daß vierzehn Firmen an der Kreditgewährung beteiligt waren, und zwar mit Summen bis zu einer halben Million aufwärts. Damit war ein neuer Beweis gebracht — der Zusammenbruch der Altonaer Wachsbleiche Moeller ist noch in frischer Erinnerung —, daß in der Organisation der Bankkreditgewährung erhebliche Mängel vorhanden sein müssen. Der angesehenen und früher sehr kapitalkräftigen Firma Brühl mußte die Inanspruchnahme von Kredit um so leichter werden, als das Holzimportgeschäft überhaupt mit langen Warenumschlagperioden arbeitet. Das im Auslande angekaufte Holz muß sofort bar bezahlt werden, und es vergehn sechs bis neun Monate, bis der Gegenwert von den Holzkonsumenten eingeht. Nimmt eine solche Firma Bankerkredit in Anspruch, so ist es natürlich, daß die üblichen Dreimonatsakzente mehrmals prolongiert werden. Die Firma Brühl hat nun ihrerseits wieder kleinere Holzfirmen, denen der Bankerkredit weniger leicht zugänglich war, ausgedehnte Kredite durch Hingabe ihres Akzeptes gewährt. Die Konkurrenz der Banken erleichterte nun der unternehmungslustigen Firma Brühl die Errichtung eines Kreditgebäudes durch Trassieren und Prolongieren hin und her, das durch die Zahlungsschwierigkeiten der Firma Ballentin niedergedrückt werden mußte. Die Banken haben sich vereinigt, um gemeinsam eine möglichst günstige Liquidation der beteiligten Firmen durchzuführen.

Gleichzeitig ist der Gedanke angeregt worden, zur Kontrolle der Kreditgewährung eine Zentralstelle bei der Reichsbank zu errichten. Man hat von neuem erkannt, daß selbst die größte Vorsicht bei der Einräumung von Krediten,

die Einsichtnahme in die Bücher des Schuldners, keinen genügenden Schutz bietet. In der geplanten Zentralstelle sollen möglichst viele Bankfirmen vereinigt werden, die die Verpflichtung übernehmen, der Reichsbank auf deren Anfrage Auskunft über die Höhe gewährter Kredite zu geben. Die Reichsbank würde das Resultat ihrer Umfrage, das heißt die Zahl der Bankfirmen, die an einer Kreditgewährung beteiligt sind, und die Höhe der gewährten Kredite der fragstellenden Bank ohne Nennung der Firmen mitteilen.

Die Errichtung einer solchen Kreditkontrollinstanz würde zur Gefundung unsers Kreditwesens erheblich beitragen; ein voller Erfolg wird aber erst dann zu erzielen sein, wenn sich die Banken entschließen, die Gewinnsucht zugunsten volkswirtschaftlicher Erwägungen in den Hintergrund treten zu lassen. Allerdings scheinen die Aussichten hierfür nicht gerade günstig. Ein hervorragender Berliner Bankleiter hat vor einiger Zeit in einem Fachorgan erklärt, es kümmere die Banken nicht, was der Kreditnehmer mit den ihm geliehenen Mitteln mache, wenn nur die Bank sichergestellt sei.

Es war ein Großbankleiter, der so sprach, und man darf annehmen, daß die zahlreichen Mittel- und Kleinbanken diesen Standpunkt teilen und noch viel mehr die Privatbankiers und kleinsten Kreditinstitute.

Am 22. November tritt die Bankenquetekommission zur Beratung der Frage zusammen, ob es im öffentlichen Interesse geboten scheint, für die Sicherheit und Liquidität der Anlage von Depositen- und Spargeldern auf dem Wege der Gesetzgebung Sorge zu tragen. Insbesondere steht die Frage zur Beratung, ob sich eine gesetzliche Vorschrift empfiehlt, die den Kreditinstituten (Banken, Genossenschaften und Sparcassen), die sich mit der Annahme von Depositen und Spargeldern befassen, die Verpflichtung auferlegt:

1. hinsichtlich der Deckung dieser Gelder sich entsprechenden, nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Liquidität gewährleistenden Normativbestimmungen zu unterwerfen,

2. innerhalb bestimmter Zeiträume ausführliche Bilanzen nach vorgeschriebenen Mustern aufzustellen und zu veröffentlichen.

Wie wir im Laufe dieses Jahres wiederholt ausgeführt haben, dürfte als selbstverständliches Resultat aus den Kommissionsberatungen der Vorschlag hervorgehen, die Kreditinstitute zu einer möglichst häufigen Veröffentlichung von Vermögensausweisen anzuhalten. Die Großbanken können eine solche Verpflichtung unbedenklich übernehmen, da sie nichts zu verbergen haben. Die von der Kritik geforderte größere Liquidität ihres Status liegt in ihrem eignen Interesse. Kleinern Instituten aber, deren Geschäftszweige und Bilanzierungsgrundsätze ansehnlich sind, dürfte durch weitgehende Öffentlichkeit bei aufmerksamer Kritik der Fachpresse das Handwerk gelegt werden.

Daß eine wesentliche Erweiterung des bisher üblichen Schemas der jährlichen und monatlichen Vermögensausweise der Banken unbedingt erforderlich ist, haben wir bereits früher ausgeführt.

Schließlich möchten wir noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß sich die Bankenquetekommission der am 14. Mai im Reichstag einstimmig angenommenen Resolution anschließt, durch die der Reichskanzler aufgefordert wird, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der durch Winkelbankiers drohenden Gefahren vorzulegen.

Biographisches. Vier große Namen — Rembrandt, Mozart, Schiller, Liszt — sollen durch neue Biographien neuen Inhalt gewinnen. R. Bergers Schiller (C. F. Beckische Verlagsbuchhandlung) ist mit dem jetzt veröffentlichten zweiten Bande vollständig geworden; damit hat die Gegenwart ihr würdigstes Begleitbuch zu Schillers Werken erhalten. Der schlichte Ton des vor vier Jahren zum Schillerjubiläum veröffentlichten ersten Bandes wird hier von einem höhern abgelöst, wie er sich als Echo der reifern Schillerschen Gedankenwelt ergibt; es ist ein Verdienst des Verfassers, dabei von aller übertreibenden Unklarheit frei geblieben zu sein und die Erhabenheit Schillers rein und treu gespiegelt zu haben. Das künstlerische kommt vielleicht nicht ganz in dem Maße zur Geltung wie das Ethische und das Historische, aber doch immer noch viel deutlicher als in dem Buche von R. Stord über Mozart (Greiner und Pfeiffer). Stord, mehr von den Briefen als von den Kompositionen Mozarts ausgehend, schildert den Menschen ausführlich, mit Liebe und Geschick. Sein Buch liest sich ähnlich angenehm wie das Bergersche, fordert aber mehr zum Widerspruch heraus, namentlich oft da, wo musikgeschichtliche Gesamtansichten angedeutet werden. Stord ist kein Musikhistoriker, sondern ein musikalischer Literat mit etwas modern entwickelter Instrumentalsinnlichkeit, der für seinen Mozart schwärmt, ihm mit seiner literarischen Kultur beizukommen sucht und obendrein der Musik der Gegenwart den direkten Weg von Mozart in unsre musikalische Zukunft zeigen möchte. Dabei enthält sein Buch (550 Seiten) von musiktechnischem Mozartstudium so gut wie nichts. Das viele musikhistorisierende Raisonnement, das diesen Mangel ersetzen soll, ist vom Übel (z. B. wird der Barockkomponist Palestrina als die reinste Verkörperung des mittelalterlichen Kirchengeistes bezeichnet), und es wäre ein Vorteil für das Buch, wenn diese umfänglichen Teile, die Laien nur verwirren können, in einer etwaigen zweiten Auflage ausgeschieden würden.

Rembrandts Leben und Kunst (Seemann) heißt ein vortreffliches Büchlein von Jan Beth. Der Verfasser ist vielleicht manchem unsrer Leser aus den letzten Jahrgängen des Spemannschen Kunstkalenders bekannt geworden, wo immer einmal ein von ihm gezeichnetes Porträt aus der europäischen Künstlerwelt der Gegenwart erschien. Dieselbe zarte künstlerische Empfindlichkeit, die sich in jenen Zeichnungen ausdrückte, findet man hier, dem landsmännischen Altmeister gewidmet, und Liebe und pathetische Verehrung dazu, und da auch das Urkundliche und das Ortskunstgeschichtliche sorgfältig behandelt sind, so ist eine intime, fachmännische und begeisterte kleine Biographie entstanden, die nicht viele ihresgleichen haben dürfte. Für Wachstum und Wandel der in Rembrandts Bildern webenden künstlerischen Nervenenergien sind die besten modernen Worte gefunden, für das Subjektive seiner Kunst; der Darlegung des Objektgehalts können wir nicht immer beistimmen, am wenigsten bei Beths Deutung des Hundertguldenblattes.

A. Göllicher, ehemals Schüler und zeitweilig eine Art gehätscheltet Anhängsel des alten Liszt, hat über seinen Meister ein so persönliches und intimes Buch geschrieben (Marquardt u. Co.), daß es trotz vielem im höhern Sinne eiteln, das es enthält, zu interessieren vermag. Hier kommt auch der Musiker zu seinem Rechte dank einer Menge von Notenzitaten, die in geistreicher Weise in den Text eingeflochten sind. Im übrigen spricht mehr Liszt als Göllicher, das Buch ist weniger eine Biographie als eine eigne Rückschau Liszts auf sein Leben; die überschwengliche Verehrung des Schülers, die dazwischenklingt, verwandelt der Leser leicht in ruhigere Betrachtung. Eine Menge vorzüglicher Porträts unterstützt die Lektüre; auch die Werke von Berger und Stord haben jedes ein gutes Bildnis ihres Helden.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten.
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquardt in Leipzig